

Bei den Ermittlungen am Hunsrück-Airport gibt es offenbar eine skurrile Wendung. Die Staatsanwaltschaft geht dem Verdacht auf bandenmäßige Untreue und Subventionsbetrug nach.

Von **Ralf Heidenreich** und *dpa*



Der Airport Frankfurt-Hahn. (Foto: dpa)

HAHN - Skurrile Wendung bei den Untreue-Ermittlungen am Flughafen Hahn: Eine Gruppe von Personen soll die Parkautomaten am Hunsrück-Airport geleert und dann das Geld im Kofferraum eines Autos weggebracht haben. Pikant: Unter den Beschuldigten sollen zwei frühere Manager des Flughafens sein. Das berichtet der SWR unter Berufung auf Flughafenkreise. Zudem soll es zu Unstimmigkeiten bei der steuerlichen Abrechnung von Dienstwagen gekommen sein.

Am insolventen Flughafen Hahn ermittelt die Staatsanwaltschaft Koblenz wegen Verdachts auf bandenmäßige Untreue, Subventionsbetrug und Insolvenzverschleppung. Schon zweimal gab es am Flughafen eine Razzia. Die Ermittler haben insgesamt vier Verantwortliche von insgesamt sechs Firmen sowie einen Geschäftspartner im Visier. Das Land Rheinland-Pfalz soll bei dem mutmaßlichen Subventionsbetrug einen Schaden von mindestens 400.000 Euro erlitten haben.

„Gemeinsamer Tatplan“ zwischen 2017 und 2020

Vier der fünf beschuldigten Männer werden verdächtigt, mit einem "gemeinsamen Tatplan" zwischen Juli 2017 und Mai 2020 mit Untreue und bandenmäßiger Untreue bei Firmen "Vermögensverluste großen Ausmaßes" verursacht haben. Drei der Beschuldigten sollen laut Staatsanwaltschaft in zwei Fällen Einnahmen von Gesellschaften entnommen und für sich selbst verwendet haben. Sie sollen auch zweimal Rechnungen an eine Firma bezahlt haben - im Wissen um fehlende Leistungen dafür. Mieteinkünfte eines Unternehmens seien nicht verbucht worden. Die Schadenshöhe der Untreue könne noch nicht beziffert werden, hieß es weiter.

VERKNÜPFTE ARTIKEL

- › [Verdacht auf Untreue am Flughafen Hahn](#)
- › [Flughafen Hahn: Ermittlungen gegen mehrere Personen](#)

Bei dem mutmaßlichen Subventionsbetrug von vier Beschuldigten geht es laut Staatsanwaltschaft um eine teils zu Unrecht beantragte staatliche Zahlung. Mit Blick auf fünf Hahn-Firmen bestehe zudem bei drei Beschuldigten der Anfangsverdacht der Insolvenzverschleppung im Sommer und Herbst 2021.